



Qualitative Eurobarometer-Studie

DAS VERSPRECHEN DER EU

Zusammenfassender Bericht – Deutsche Ausgabe

Rom, 12. September 2014

Diese Zusammenfassung ist auf Dänisch, Englisch, Finnisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Polnisch, Portugiesisch und Schwedisch erhältlich.

Diese Studie wurde von der Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben.

Dieses Dokument gibt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wieder. Die darin enthaltenen Interpretationen und Meinungen sind ausschließlich die der Autoren.

Qualitative Eurobarometer-Studie – TNS Qual+

Einleitung

Zielsetzung

- Ziel des Pilotprojektes „Das Versprechen der EU“ ist die Entwicklung einer Zukunftsvision für die EU, und zwar auf Grundlage von drei zentralen Fragestellungen:
 - Wie viel Einheit wollen die Bürgerinnen und Bürger und in welchen Bereichen sollte Integration stattfinden?
 - Was würde die EU demokratischer machen und wie können EU-Politiker für ihre Entscheidungen vermehrt verantwortlich gemacht werden?
 - Was ist das richtige Verhältnis zwischen Verantwortung und Solidarität?
- Hauptziel der Studie ist es zu verstehen, wie die Bürgerinnen und Bürger die EU wahrnehmen und welche Bedeutung die europäische Idee insbesondere vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise für sie hat.
- Die vorliegende Studie wurde zwischen dem 30. Juni und 11. Juli 2014 von TNS Qual+ im Auftrag der Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission in sechs EU-Mitgliedstaaten durchgeführt, namentlich in Italien, Deutschland, Dänemark, Portugal, Finnland und Polen. Die genannten Länder wurden ausgewählt, um einerseits den unterschiedlichen Phasen in der Entwicklung der EU Rechnung zu tragen und um andererseits eine relative geografische Ausgewogenheit zu gewährleisten.
- In diesem zusammenfassenden Bericht werden die wichtigsten Ergebnisse vorgestellt. Der vollständige Bericht ist online abrufbar unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/quali/ql_promise_eu_en.pdf.

Methodik

- Die Befragungen fanden im Rahmen von Fokusgruppen-Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern aus der Bevölkerung in den sechs Mitgliedstaaten statt. Ergänzend hierzu wurden in jedem der genannten Mitgliedstaaten Tiefeninterviews mit Europa-Experten aus den Bereichen Medien, Wirtschaft und Kultur geführt.
- Pro Land wurden jeweils sechs Fokusgruppen eingerichtet. Für die Gruppendiskussionen wurde eine Dauer von etwa zwei Stunden angesetzt. Die Fokusgruppen wurden in jedem Land zuerst in zwei Altersgruppen (Teilnehmer bis 35 Jahre und Teilnehmer über 35 Jahre) unterteilt. Anschließend wurde jede Altersgruppe auf Grundlage der Einstellung der Teilnehmer gegenüber der EU in drei weitere Gruppen untergliedert („EU-Befürworter“, „neutral“ und „Euroskeptiker“). Hierbei ist jedoch zu beachten, dass solche Fokusgruppen statistisch nicht repräsentativ sind.

Wichtigste Ergebnisse

Das Versprechen der EU

- **Europäer zu sein ist** aus Sicht der Befragten, die der EU positiv oder neutral gegenüberstehen, **weit mehr als nur eine Frage der geografischen Zugehörigkeit**. Im Gegensatz dazu definieren viele Euroskeptiker die europäische Identität ausschließlich in geografischer Hinsicht. Nachfolgend sind die Merkmale aufgeführt, die die Befragten am häufigsten mit dem Umstand, Europäer zu sein, verbinden:
 - Toleranz
 - Friede
 - Vielfalt
 - Gemeinsame Geschichte
 - Reisefreiheit/Freizügigkeit und Abbau von Grenzen
 - Demokratie
 - Eine gemeinsame Währung
 - Gemeinsame Werte
 - Ein höherer Lebensstandard
 - Achtung der Menschenrechte
- Für die meisten **Befragten findet ihre Identifikation als Erstes über ihre Nationalität statt. Das Gefühl, Europäer zu sein, steht dabei an zweiter Stelle**. Gleichwohl ist festzuhalten, dass die jüngeren Befragten, die nicht nur mit einer höheren Wahrscheinlichkeit ins Ausland reisen und dort studieren, sondern die auch mit der EU und dem Euro aufgewachsen sind, eher diejenigen sein werden, die sich **künftig als Europäer** sehen.
- Die Frage nach der **Geschichte Europas** wird von vielen Befragten anhand ihrer historischen Epochen beschrieben, angefangen von der Geschichte des antiken Griechenlands und den Anfängen der Demokratie über das Römische Reich bis hin zu den beiden Weltkriegen. Allerdings hat **in der jüngsten Geschichte ein Wandel** von Frieden zu wirtschaftlichen Turbulenzen stattgefunden.
- Im Mittelpunkt des **nächsten Kapitels der Geschichte Europas** steht ein Kontinent, auf dem sich die Nationen um den Aufbau einer friedlichen Gemeinschaft und um wirtschaftliche Zusammenarbeit bemühen, ohne dafür zu viel von ihrer Identität, Vielfalt oder ihren nationalen Interessen aufgeben zu müssen.
- Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger – insbesondere aus Sicht der Befragten in Polen und Portugal – wird die Geschichte Europas **von den wirtschaftlich stärksten europäischen Ländern geschrieben**. Viele Befragte in diesen Ländern befürchten, dass das wirtschaftliche Ungleichgewicht dazu führen könnte, dass die Zukunft der EU nicht von allen Mitgliedstaaten bestimmt wird.

Einheit und Integration

- Die Befragten verbinden mit der **Mitgliedschaft in der EU** folgende **positive Aspekte**:
 - Größere wirtschaftliche Stabilität, mehr Wachstum und Vorteile
 - Der Binnenmarkt
 - Reisefreiheit
 - Eine gemeinsame Währung

- Der Schutz, den die Mitgliedschaft in der EU bietet
- Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Wirtschaft
- Mehr Integration und kultureller Austausch, z. B. Erasmus
- EU-Fördermittel
- Zu den **negativen Aspekten der EU-Mitgliedschaft** gehören nach Ansicht der Befragten u. a.:
 - Überregulierung. Die EU wird als ineffizient und als Akteur angesehen, der sich in Dinge „einmischt“, die auf nationaler Ebene geregelt werden sollten.
 - Dass die EU nicht in der Lage ist, Importe aus EU-Ländern zu beschränken, die minderwertige Produkte herstellen, was dazu führt, dass zunehmend Produkte von minderer Qualität ins Land kommen.
 - Die insbesondere unter Euroskeptikern verbreitete Sorge, dass die offenen Grenzen dazu führen, dass EU-Bürger aus anderen Ländern einreisen und den einheimischen Bürgern Arbeitsplätze wegnehmen oder Sozialleistungen in Anspruch nehmen, ohne gewillt zu sein, selbst einen Beitrag zur Gesellschaft vor Ort zu leisten.
- Die meisten Befragten waren der Ansicht, dass die Errungenschaften der EU im Vergleich zu den negativen Aspekten überwiegen.
- Viele Befragte nennen **mehrere Bereiche, in denen eine engere Zusammenarbeit Vorteile bringen würde**. Kennzeichnend für die Euroskeptiker ist hingegen, dass sie eine engere Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten ablehnen. Folgende Aspekte werden am häufigsten als Bereiche für eine stärkere Zusammenarbeit genannt:
 - Umgang mit internationalen Flüchtlingen und Einwanderern
 - Wirtschaftliche Zusammenarbeit
 - Stärkung einer gemeinsamen EU-Banken- und Finanzaufsicht
 - Ein gemeinsamer Arbeitsmarkt mit europäischen Regeln
- Die Idee einer **europäischen Armee** stößt auf geteilte Resonanz.
- Der Vorschlag einer gemeinsamen **EU-Steuerpolitik** findet in keinem Land Befürwortung.
- Eine **weitere Erweiterung der EU trifft auf allgemeine Ablehnung**. Obwohl ein „großes“ Europa unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten als positiv eingestuft wird, ist eine weitere Erweiterung aus Sicht der meisten Befragten nicht wünschenswert, weil es dadurch noch schwieriger werden wird, eine europäische Identität zu definieren.

Verantwortung und Solidarität

- Die Befragten sind **geteilter Meinung, ob die Mitgliedschaft in der EU bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise geholfen hat**.
- Der Grundsatz der **Solidarität trifft ebenfalls auf ein geteiltes Echo**. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Finanzhilfepakete und die Frage, ob die EU Mitgliedstaaten helfen sollte, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden.
- Die Befragten in Portugal, Polen und Italien sind der Meinung, dass Ländern, die solche Schwierigkeiten zu bewältigen haben, **grundsätzlich** geholfen werden sollte, da die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten einer der Grundwerte der EU ist.

- In Dänemark wird diese Ansicht von einigen EU-Befürwortern und Befragten, die der EU neutral gegenüberstehen, geteilt. Die meisten Befragten in Dänemark und Finnland vertreten jedoch die Auffassung, dass **ihr Land nicht für andere Länder verantwortlich sein sollte**. Folglich sollte ihr Land auch nicht verpflichtet sein, anderen zu helfen.
- In Deutschland wurden ähnliche Äußerungen getätigt. Gleichzeitig finden sich dort auch Befragte, die die Bereitstellung finanzieller Unterstützung befürworten, allerdings immer unter der Voraussetzung, dass diese **Unterstützung an Bedingungen geknüpft sein sollte**.

Die EU und Demokratie

- Die meisten Befragten, die an dieser Studie teilgenommen haben, haben sich auch an den Europawahlen beteiligt und ihre Stimme abgegeben. Als Grund für die Wahlbeteiligung wird in der Mehrheit der Länder die Überzeugung angeführt, dass **die Teilnahme an Wahlen in einer Demokratie zur Bürgerpflicht gehört**.
- **Die meisten Befragten fühlten sich über die Wahlen**, das Europäische Parlament oder die verschiedenen politischen Parteien **nicht ausreichend informiert**. Allgemein wird daher die Auffassung vertreten, dass mehr Informationen hätten zur Verfügung gestellt werden können.
- Die Befragten, die nach eigenen Angaben gut über die Wahlen informiert waren, hatten sich diese Informationen selbst aus dem **Internet** besorgt.
- Obwohl die meisten Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld der Interviews noch nie vom „**Bürgerdialog**“ oder von der „**Europäischen Bürgerinitiative**“ gehört hatten, wurden die beiden Konzepte von den Befragten grundsätzlich positiv aufgenommen.
- Zu den weiteren **Vorschlägen, wie die EU die Bürgerinnen und Bürger noch mehr einbeziehen könnte**, zählen:
 - Die Entwicklung einer Plattform, auf der Bürger ihre Meinung zu verschiedenen Themen äußern können
 - Die Organisation von Initiativen wie Volksentscheide
 - Die Teilnahme an Online-Umfragen/Online-Wahlen

Die Rolle der Medien

- **Die Bürgerinnen und Bürger nutzen viele unterschiedliche Quellen, um sich über die EU zu informieren**. Ganz oben rangieren dabei die Medien, das Internet und Gespräche mit Freunden.
- In den meisten Ländern bestehen Zweifel an der Unabhängigkeit und Objektivität der Medien bei der Berichterstattung über die EU. Dabei herrscht in den meisten Fokusgruppen die Meinung vor, dass **die Medien dazu tendieren, die EU in einem negativen Licht darzustellen**.
- Uneinig sind sich die Befragten bei der Frage, ob es bei der Darstellung der EU Unterschiede zwischen **öffentlich-rechtlichen** und privaten **Rundfunkanstalten** gibt.
- Die Befragten äußerten in Bezug auf die Medienberichterstattung folgende Wünsche:
 - Stärkere EU-Berichterstattung über Themen, die ihr tägliches Leben betreffen, wie z. B. Bildung und Arbeitslosigkeit
 - Informationen zum Aufbau der EU und zu ihren Errungenschaften

- Informationen zu Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in der EU
- Mehr Berichte, in denen die EU für ihre Politik zur Verantwortung gezogen wird
- Informationen müssen **zugänglich und leicht verständlich** sein.

Zusammenfassung der Länderergebnisse

Italien

- Für viele Befragte in Italien **bedeutet die EU, über nationale Grenzen hinweg zu denken, finanzielle Sicherheit durch Einheit und den Schutz menschlicher Werte**. Im Gegensatz dazu neigen die Euroskeptiker eher dazu, in der EU eine zersplitterte Ansammlung unterschiedlicher Kulturen, Volkswirtschaften und Sprachen zu sehen. Prinzipiell wird die europäische Identität als etwas angesehen, das sich noch in der Entwicklung befindet. Und obwohl das Gefühl einer europäischen Identität aktuell noch nicht weitverbreitet ist, wird es für kommende Generationen selbstverständlich sein. Italien ist das einzige Land, in dem die befragten Bürgerinnen und Bürger der Idee einer **europäischen Armee** grundsätzlich positiv gegenüberstehen, wenngleich darin in erster Linie die Möglichkeit gesehen wird, die nationalen Verteidigungsausgaben zu senken. Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass eine verstärkte Zusammenarbeit beim Thema Sicherheit in allen Ländern auf breite Zustimmung stößt.
- Den Chancen, die sich durch die Reisefreiheit/Freizügigkeit und den freien Warenverkehr ergeben, werden die negativen Aspekte einer aus Sicht der Befragten unflexiblen Geld- und Währungspolitik gegenübergestellt. Diese birgt Nachteile für Italien und hat direkte Auswirkungen auf die dortige Lebensqualität. Die Bürger in Italien wünschen sich **in der Zukunft** grundsätzlich **ein flexibleres Europa**, insbesondere im Bereich der Geld- und Währungspolitik. Dennoch spricht sich keine der Gruppen für einen Austritt aus dem Euroraum aus, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Die Befragten, die der EU neutral gegenüberstehen, und die Europa-Befürworter sehen in der Mitgliedschaft in Europa eine Chance für die Zukunft, und die Euroskeptiker vertreten die Ansicht, dass ein Austritt nicht mehr möglich ist.
- Die **wirtschaftliche Situation** in der gesamten EU wird als eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunft der EU angesehen. Obwohl die wirtschaftlichen Bedingungen in der EU ursprünglich als Mittel zum Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen angesehen wurden, haben die Befragten den Eindruck, dass die EU-Mitgliedstaaten derzeit wirtschaftlich weiter auseinanderdriften und dass es gerade diese **Ungleichheiten** sind, **die die EU daran hindern, ihr Potenzial** als eine Union von Gleichen **auszuschöpfen**.

Deutschland

- **Deutschland ist das Land, in dem das Gefühl, Europäer zu sein, am weitesten verbreitet ist**. Die Vielfalt in Europa wird einerseits zwar als mögliches Hindernis angesehen, andererseits aber auch als Bereicherung. Assoziiert werden mit dem Begriff Europa **ein hoher Lebensstandard und eine hohe Lebensqualität, größere Sicherheit und die Werte Demokratie, Frieden und soziale Absicherung**.

- Die **Geschichte Europas wird als eine Geschichte der Errungenschaften wahrgenommen**. Die Befragten bringen ihren **Stolz** auf die europäische Geschichte zum Ausdruck; eine Geschichte wissenschaftlicher Entdeckungen und ständiger Entwicklungen. Die jüngeren Befragten in Deutschland sprechen sich im Vergleich zu den älteren Befragten häufiger für mehr Integration aus. Grundsätzlich ist jedoch festzustellen, dass eine engere Zusammenarbeit bei der Kontrolle von Banken und bei sozioökonomischen Fragen allgemeine Zustimmung findet. Gleiches gilt für einen gemeinsamen Ansatz beim Umgang mit Flüchtlingen.
- Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat aber auch dazu geführt, dass die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten von den Befragten stärker wahrgenommen werden. Das Besondere in Deutschland ist die **Frustration** der Befragten **bezüglich der wahrgenommenen Rolle Deutschlands bei der finanziellen Unterstützung von Mitgliedstaaten in finanziellen Schwierigkeiten**. Genau wie in Dänemark und Finnland wird Solidarität eher als „Hilfe zur Selbsthilfe“ verstanden und weniger als rein finanzielle Unterstützung. Obwohl sich die Befragten in Deutschland der EU eng verbunden fühlen, besteht der **Wunsch nach mehr Transparenz und Informationen**, um die Demokratie in der Europäischen Union weiter zu stärken.

Dänemark

- Die Befragten in Dänemark verbinden die europäische Identität deutlich häufiger mit den Werten **Freiheit und Demokratie**. Mit der EU assoziieren sie hingegen häufiger die Begriffe Bürokratie und mangelnde Transparenz. **Nur wenige Befragte in Dänemark sagen, dass sie sich als Europäer fühlen** oder dass sie erwarten, dass dies in Zukunft so sein wird.
- Obwohl die meisten Befragten bei den Europawahlen gewählt haben, haben sich **viele Befragte unzufrieden über die Demokratie in der EU geäußert** und dies daran festgemacht, dass das Europäische Parlament im Vergleich zur Europäischen Kommission zu wenig Macht hätte. Gleichzeitig hatten viele den Eindruck, dass die bei den letzten Europawahlen in Dänemark geführte Debatte im Vergleich zu früheren Wahlen weniger von Konfrontation und mehr von konstruktiven Bemühungen gekennzeichnet war und dass dies ein Anzeichen für eine zukünftig engere Beziehung zwischen Dänemark und der EU ist.
- Die meisten Befragten in Dänemark sind der Ansicht, dass die Mitgliedschaft in der EU zur wirtschaftlichen Stabilität des Landes beiträgt. Die Frage der wirtschaftlichen Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten wird hingegen als problematisch angesehen und offenbart **aus Sicht der Befragten in Dänemark eine deutliche Kluft zwischen Nord- und Südeuropa**. Es wird die Auffassung vertreten, dass Mitgliedstaaten, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, nur unter der Bedingung unterstützt werden sollten, dass sie verantwortungsbewusst handeln. Darüber hinaus sind nach Meinung der Befragten in Dänemark **solche Finanzhilfen nicht die Lösung für strukturelle Probleme oder eine unverantwortliche Finanzpolitik** in diesen Mitgliedstaaten.

Portugal

- Die Befragten in Portugal verbinden mit dem Gefühl, Europäer zu sein, gemeinsame Werte und die konkreten Vorteile der Freizügigkeit, namentlich die Möglichkeit, in andere Mitgliedstaaten zu reisen und dort zu arbeiten. Allerdings wird unter den Befragten in Portugal häufiger als irgendwo sonst die Ansicht vertreten, dass **die eklatanten Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten der zentrale Faktor sind, der dem Gefühl einer europäischen Identität entgegensteht**. Dies wurde im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders deutlich.
- Nahezu alle Befragten sind der Meinung, dass **Portugal von der Mitgliedschaft in der EU profitiert**. Angeführt werden in diesem Zusammenhang vor allem die Mobilität und der Zugang zu Finanzmitteln. Letzteres hat eine deutliche Verbesserung der Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie und Abwasser ermöglicht. Der größte Nachteil ist aus Sicht der Befragten in Portugal die **wahrgenommene Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten**, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Stärke als auch hinsichtlich ihres Einflusses innerhalb der EU. Der Grundsatz der Solidarität als einer der Grundwerte der EU findet in Portugal breite Zustimmung, ebenso wie die Auffassung, dass **Mitgliedstaaten in finanziellen Schwierigkeiten unverzüglich geholfen werden sollte**. Gleichzeitig wird die Meinung vertreten, dass bei der Gewährung von finanzieller Unterstützung die spezifischen Anforderungen des Empfängerlandes sorgfältig geprüft und berücksichtigt werden müssen. Dies gilt auch für die Fähigkeit des betreffenden Landes, die Schulden zurückzuzahlen.
- Einige Befragte äußerten vor dem Hintergrund der Ergebnisse der jüngsten Europawahlen die Sorge, dass das Europäische Parlament aufgrund der gestiegenen Anzahl von Abgeordneten aus Parteien, die sich selbst als Euroskeptiker bezeichnen, **größere Schwierigkeiten haben wird, Entscheidungen** in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten **zu treffen**.

Finnland

- Unter den Befragten in Finnland gibt es eine **starke Identifikation mit der eigenen Nationalität**, und es herrscht relativ große Skepsis, ob es jemals eine gemeinsame europäische Identität geben wird. Allerdings haben die EU und das Gefühl, Europäer zu sein, auch etwas Positives, was sich nach Meinung vieler Befragten vor allem in der europäischen Einigung und Zusammenarbeit zeigt. Die Freizügigkeit von Personen und Waren sowie die gemeinsame Währung sind aus Sicht der Befragten allesamt Errungenschaften, die das Leben besser und bequemer machen.
- **Die finanzielle Unterstützung für Länder, die am stärksten von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sind, wird vielfach kritisiert**. Diese Form der Unterstützung wird als kontraproduktiv angesehen, weil sie es versäumt, etwas an den eigentlichen Ursachen zu ändern, und somit die Situation noch verschlimmert. Die Befragten neigen eher dazu, andere Formen der Hilfe zu bevorzugen, wie z. B. Beratung oder Investitionen. Geteilter Meinung sind die befragten Bürgerinnen und Bürger in Finnland bei der Frage, was die Krise für die Zukunft der EU bedeutet und ob diese langfristig Auswirkungen auf die Geschichte Europas insgesamt haben wird.

- Grundsätzlich sind die Befragten in Finnland der Ansicht, dass es auf den meisten Gebieten eine ausreichende Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten gibt. Allerdings gibt es auch Ausnahmen. **Bei der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik** wird die Meinung vertreten, dass **eine engere Zusammenarbeit von Vorteil wäre** (obwohl die Idee einer gemeinsamen europäischen Armee nicht befürwortet wird). In den Bereichen Finanzmarktregulierung und Steuern wird eine engere Kooperation ebenfalls befürwortet.

Polen

- Obwohl die Befragten in Polen mit der europäischen Identität häufig gemeinsame, überwiegend christliche Werte und andere Begriffe wie Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Toleranz assoziieren, tendieren sie dazu, in diesem Zusammenhang häufiger als andere auch pragmatische Aspekte zu nennen. Dies gilt insbesondere für die Freizügigkeit und den Zugang zum Arbeitsmarkt und zum Bildungswesen in anderen Mitgliedstaaten. Die Tatsache, auch geographisch zu Europa zu gehören, hat für die Befragten in Polen ebenfalls eine größere Bedeutung als für die Befragten in den anderen Ländern. Besonders positiv bewerten die Bürgerinnen und Bürger in Polen den **Zugewinn an internationaler Glaubwürdigkeit, den ihr Land durch die Mitgliedschaft in der EU erfährt**. Darüber hinaus stehen die Befragten in Polen einer weiteren Erweiterung der EU generell positiv gegenüber, trotz einiger Vorbehalte, was die finanziellen Folgen und eine mögliche Zunahme der Einwanderung betrifft.
- **Für die jüngeren Befragten in Polen ist die europäische Identität eine Frage der Geisteshaltung.** Es geht dabei um eine Einstellung, die es einem ermöglicht, über nationale Grenzen hinweg zu denken, und um ein Gefühl der Gemeinschaft mit anderen europäischen Bürgern. Solidarität und die Unterstützung von Mitgliedstaaten, die sich in Schwierigkeiten befinden, gelten auch in Polen als einer der Eckpfeiler der EU-Mitgliedschaft. Allerdings haben die Befragten den Eindruck, dass Polen in der EU kein gleiches Mitspracherecht hat und dass die **Geschichte Europas von den größten Volkswirtschaften bestimmt wird**, namentlich von Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich.
- **Der Vergabe von EU-Fördermitteln** stehen die Befragten **ambivalent gegenüber**. In dieser Ambivalenz spiegelt sich der allgemeine Eindruck wider, dass Polen an der Schwelle vom Nettoempfänger zum Nettozahler steht. Zwar liegen die Vorteile von Fördermitteln für alle auf der Hand, und viele sind sich dem konkreten Nutzen bewusst, den diese Landwirten, Unternehmern und dem Land insgesamt bringen, allerdings gab die mangelnde Transparenz bei der Vergabe von Fördermitteln Anlass zu Kontroversen unter den Befragten.